
17907/J XXVII. GP

Eingelangt am 27.02.2024

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

**der Abgeordneten Fiona Fiedler, Kolleginnen und Kollegen
an den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung
betreffend Wo bleibt die Reform der Schulgesundheit?**

Gesundheit zählt zu den Dingen im Leben, die für ein gutes Fundament unabdingbar ist und die sich gerade unter der Berücksichtigung von chronischer Krankheit nur sehr schwer zur Gänze wiederherstellen lässt. Umso wichtiger sind daher die Prävention, der Schutz der Gesundheit und ein Aufwachen mit einem Bewusstsein für Gesundheit und deren Relevanz für den weiteren Lebensverlauf. Aus diesem Grund gibt es in Österreich de facto seit Beginn der Republik ein Bekenntnis zu einem System der Schulgesundheit, in dem alle Akteure von Gemeinden bis Ministerien gemeinsam dafür sorgen, dass Schüler:innen eine Anlaufstelle für Gesundheitsfragen und zumindest jährliche Untersuchungen haben.

Ein System, das beispielsweise vom BMSGPK bisher hoch gelobt wurde: "Das österreichische System von Schulärzt:innen ist aus Sicht meines Ressorts ein vorbildliches, das sich mit einem nahezu hundertprozentigen Erreichen der österreichischen Schüler:innen (ca. 800.000 Kinder und Jugendliche in der Altersgruppe von 6 bis 18 Jahren) über Jahrzehnte bewährt hat" (1). Problematisch an dieser Aussage ist, dass sie wohl vergleichbar mit dem Schulgesundheitssystem "nicht individuell genug" und "ausbaufähig" (vgl. 2) ist - immerhin hat das BMSGPK diese Aussage schon 2021 schon genau so gegeben (3). Stillstand also.

Dieser Stillstand könnte allerdings zum Problem werden. Das Schulgesundheitssystem ist zersplittert und uneinheitlich, die Datenerfassung nicht nachvollziehbar und offensichtlich werden Untersuchungen und/oder Impfprogramme auch nicht in allen Schulen gleich angeboten (2). Gerade die gesetzliche Basis wird vielfach als Problem und damit Ursache für die unterschiedliche Handhabung beispielsweise von Impfungen identifiziert, wodurch offenbar 2020 nur in 44 Prozent der Bundesschulen das kostenfreie Kinderimpfprogramm angeboten wurde, über Pflichtschulen gibt es hierzu keine validen Informationen. Auch die Frage, ob jährliche Schuluntersuchungen verpflichtend durchgeführt werden müssen, scheint unklar. In Studien im Auftrag des BMBWF wird dies so ausgelegt (2), wenngleich diese 2020 nur noch in 69 Prozent der Bundesschulen durchgeführt wurden und beispielsweise in Vorarlberg ist auch belegt, dass dies auch nicht in allen Pflichtschulen der Fall war (4). Inwiefern das Gesundheitsministerium auf dieser Basis von "einem nahezu hundertprozentigen Erreichen der österreichischen Schüler:innen" sprechen kann, ist also mehr als fraglich.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Klar ist nur, dass der Handlungsbedarf groß ist und immer größer wird. So gab das BMSGPK zwar schon vor einiger Zeit an, dass ein vermehrter Einsatz von School Nurses wünschenswert wäre (3) und zumindest in Stakeholderbefragung wurde auch ersichtlich, dass gerade deren Koordinierungsarbeit zwischen Angeboten und verschiedenen Gesundheits- und Sozialberufen erwünscht wäre (2). Bis dato gibt es School Nurses aber nur in Wien im Rahmen der Community Nurse Pilotprojekte (5), in Vorarlberg gibt es seit kurzem vier School Nurses als eigenes Pilotprojekt (6). Eine konkrete Abstimmung zwischen diesen Projekten gibt es allerdings nicht und trotz bisheriger Bestrebungen zur Schaffung von School Nurses nicht. Erste Ableitungen für ein Berufsbild soll es darüber hinaus auch erst 2025 geben (7).

So weit bisher bekannt, wurde von allen Problemfelder bisher lediglich die Datenerfassung angegangen und ab 2024 sollen die Daten der Schulgesundheitsuntersuchungen im Programm SchulDoc erfasst werden (8). Nachdem oftmals aber nicht einmal die Abwicklung das eigentliche Problem sein dürfte, sondern die gesetzliche Basis für die Aufgabenverteilung als Ursache identifiziert wurde, stellt sich die Frage, warum es auf Basis der vielfachen Analysen gerade in diesem Bereich offenbar keine Bewegung durch die Ministerien gibt und welche weiteren Schritte bisher zu einer Reform des Schulgesundheitswesens gesetzt wurden.

1. https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/15643/imfname_1593956.pdf
2. <https://door.donau-uni.ac.at/open/o:2555>
3. https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/5702/imfname_955212.pdf
4. https://suche.vorarlberg.at/VLR/vlr_gov.nsf/0/A3AFD8763F4CAA05C12589CF00449C85?OpenDocument
5. <https://www.wien.gv.at/gesundheit/beratung-vorsorge/eltern-kind/beratung/school-nurses.html>
6. <https://vorarlberg.at/-/school-nurses>
7. https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/13681/imfname_1551223.pdf
8. https://intranet.parlament.gv.at/dokument/XXVII/SABBA/98/imfname_1595218.pdf

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Ist für das BMBWF nachvollziehbar, an welchen Schulen es in den vergangenen drei Jahren eine schulärztliche Betreuung gab?
 - a. Falls ja: Bitte um Angabe, der abgedeckten sowie nicht abgedeckten Schulen inklusive Angabe von Jahr und anteiliger Schüler:innenzahl je Schulform und Bezirk.
 - b. Falls nein: Bitte um Angabe der Zahlen für Bundesschulen.
2. Ist für das BMBWF nachvollziehbar, ob alle Schulärzte ein Schularztdiplom haben?

- a. Falls ja: Bitte um Angabe, wie viele Schulen durch Ärzte mit Schularztdiplom betreut werden.
 - b. Falls nein: Bitte um Angabe der Zahlen für Bundesschulen.
3. Ist für das BMBWF nachvollziehbar, an welchen Schulen das Kinderimpfprogramm angeboten wird?
 - a. Falls ja: Bitte um Angabe, der abgedeckten sowie nicht abgedeckten Schulen inklusive Angabe von Jahr und anteiliger Schüler:innenzahl je Schulform und Bezirk.
 - b. Falls nein: Bitte um Angabe der Zahlen für Bundesschulen.
4. Ist für das BMBWF nachvollziehbar, an wie vielen Schulen bisher jährliche Schuluntersuchungen durchgeführt wurden?
 - a. Falls ja: Bitte um Angabe, der abgedeckten sowie nicht abgedeckten Schulen inklusive Angabe von Jahr und anteiliger Schüler:innenzahl je Schulform und Bezirk.
 - b. Falls nein: Bitte um Angabe der Bundesschulen.
5. Ist für das BMBWF nachvollziehbar, wie viele Schüler:innen die Teilnahme an Schuluntersuchungen verweigert haben?
 - a. Falls ja: Bitte um Angabe der jeweiligen Schüler:innenzahl pro Schulform und Jahr.
6. Wird SchulDoc plangemäß ab 2024 in Schulen zum Einsatz kommen?
 - a. Ab wann beginnt der Rollout und in welchem Zeitplan werden alle Schulen angebunden sein? (Bitte um Angabe der für den Rollout eingeplanten Schulen nach Schulform, Bezirk und Monat des Rollouts)
 - b. Ab wann wird mit SchulDoc eine flächendeckende Datenerfassung aller Schuluntersuchungen sichergestellt sein?
 - c. Kann damit auch kontrolliert werden, ob alle Schüler:innen in allen Schulen einmal jährlich untersucht werden?
 - i. Falls ja: Ist vorgesehen, Konsequenzen zu setzen, sollten in einem Bundesland/einem Bezirk/bestimmten Schulerhaltern u.Ä. keine Schuluntersuchungen durchgeführt werden?
 - ii. Falls nein: Wie wird durch SchulDoc sichergestellt, dass die erhobenen Daten die schulbesuchende Bevölkerung ausreichend widerspiegeln, um auf dieser Basis valide Ableitungen über deren Gesundheitszustand treffen zu können?
 - d. Durch die GÖG wurden bereits neue Untersuchungsbögen entwickelt. Ist vorgesehen im Zuge der Modernisierung dank Datenerhebung auch die Inhalte der Schuluntersuchungen auf diese anzupassen?
 - i. Falls ja: Wird dies bundesweit passieren und werden bisherige Pilotergebnisse (bspw. aus Vorarlberg) in deren Weiterentwicklung einfließen?
 - ii. Falls ja: Bis wann sollen bundesweit diese neuen Untersuchungen umgesetzt werden?
 - iii. Falls nein: Warum nicht?

7. In einigen Bundesländern wurden in den vergangenen Jahren eigene Reformbestrebungen im Kontext der Schulgesundheit vorangetrieben. Laut BMSGPK sollte eine "enge und regelmäßige Zusammenarbeit zwischen BMSGPK, BMBWF, Ländern, Städten und Gemeinden zur möglichst zielführenden und effizienten Nutzung des Systems „Schulärztlicher Dienst“/„Schulgesundheitspflege“ zum Wohle der österreichischen Schülerinnen und Schüler etabliert werden". Ist dies erfolgt?
 - a. Falls ja: In welcher Form?
 - i. Werden damit diese verschiedenen Reformansätze erhoben, nachvollzogen und potenziell als Input für bundesweite Reformen genutzt?
 - b. Falls nein: Warum nicht?
8. Wurden aufgrund der Veröffentlichung der Spending Review weitere Reformschritte eingeleitet?
 - a. Falls ja: Welche bisher und welcher Umsetzungszeitrahmen ist für diese vorgesehen?
 - b. Falls nein: Warum nicht?